

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 7 (1985)
Heft: 26

Artikel: RWE : Geschäft mit Energie
Autor: Möller, Frank / Osnowski, Rainer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652969>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frank Möller / Rainer Osnowski



Energiepolitik ist wieder ins Gerede gekommen. Den Schnellen Nichtbrüter in Kalkar will plötzlich niemand mehr; gegen die WAA in Wackersdorf machen Oberpfälzer mobil, die bislang als wenig demofreundlich galten; in Hanau wird der Zusammenhang zwischen sog. friedlicher und potentiell militärischer Nutzung von Atomkraft überdeutlich und bringt nicht nur die SPD-Landesregierung ins Schwitzen. An der Zeit also, sich mit der Energiepolitik und denen, die sie aushecken, auseinanderzusetzen. Daß wir uns dabei im folgenden verstärkt einem Konzern zuwenden, hat seinen Grund. Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG, kurz: RWE, erzeugt knapp 40% des heimischen Stroms und besitzt darüber hinaus den weitaus größten Teil des Leitungsnetzes. Im Frühjahr waren volle drei Tage notwendig, um die umfangreichen Tätigkeiten des Essener Konzerns auf einer ANKLAGE-Veranstaltung in dessen Heimatstadt zu durchleuchten. RWE verdient an Steinkohle, Gas, vor allem aber an Braunkohle und Atom-

kraft. Die Braunkohle steht allein schon deshalb im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen, weil ihr Abbau fälschlicherweise immer noch als „nur“ regionales Umweltproblem gesehen wird. Wer weiß schon, daß Global 2000 die Eingriffe im Rheinischen Braunkohlerrevier zwischen Köln, Aachen und Mönchengladbach zu den gravierendsten Landschaftsveränderungen der Erde zählt? Die Auswirkungen weiterer geplanter Tagebaue sind wegen der anvisierten Größenordnungen unklar; nur soviel ist sicher: die Folgen werden grenzüberschreitend sein. Im Kapitel „Mit Energie zur Bombe“ wird der Frage nachgegangen, an welchen Stationen des atomaren Brennstoffkreislaufs das RWE an der Schaffung einer Infrastruktur für einen nationalen Atombombenbau mitbastelt. Zuletzt geht's darum, wer im Energiekonzern das Sagen hat. Ist das RWE eine „moderne Form legalisierter Korruption“, wie Minister Farthmann vor Jahren befand?

Braunkohle – Rohstoff und Reichtum für die RWE

Unter der Region zwischen Köln, Aachen und Mönchengladbach, dem „Rheinischen Braunkohlenrevier“, gibt es ein Vorkommen von etwa 55 Milliarden Tonnen Braunkohle. Der Energiegehalt ist den Erdölreserven des Iran vergleichbar. Daraus werden 35 Milliarden Tonnen als abbauwürdig eingestuft. 1959 schlossen sich die vier letzten Bergbauunternehmen der Region zur Rheinischen Braunkohlenwerke AG (Rheinbraun) zusammen. Das RWE hält an der AG 99,9%. Mit dieser Kapitalkonzentration konnten die notwendigen Leistungen zur Intensivierung der Tagebautechnik aufgebracht werden. Denn

es ging schon lange nicht mehr um den Abbau der nur wenige Meter tief liegenden Braunkohle, sondern darum, Deckgebirge bis zu Tiefen von 500 m abzutragen. In sechs Großtagebauen buddeln heute die Wahrzeichen der Gigantomanie des Tiefabbaus, 220 m lange und 85 m hohe Schaufelradbagger, 240.000 Kubikmeter Land täglich um. Seit Jahren werden von diesem Ungetümen im Revier jährlich eine halbe Milliarde Kubikmeter Erde bewegt und 120 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Etwa 90% der Kohle wandern über Bandstraßen in die Kessel der Großkraftwerke des RWE.

Schäden

Von oben sieht es aus, als entwickele sich die ganze Region zu einem riesigen Loch, unterbrochen nur von nicht oder nicht mehr betroffenen Landstrichen. Die sichtbaren Negativfolgen dieser massiven Eingriffe in den Naturhaushalt können nicht länger als energiepolitische „Opfer“ der Region für die allgemeine Energieversorgung dahingestellt bleiben.

Das Verhältnis von Abraum zu geförderter Kohle verschlechtert sich seit Jahren beständig. Immer mehr Erde muß beiseite geräumt werden, um an den begehrten Rohstoff zu gelangen. Auch vom Wasserdruk muß das Gestein befreit werden, um Kohle fördern zu können. Mit unzähligen Pumpenanlagen wird vorher und während des Tagebaus das Grundwasser abgepumpt. Ca. 1,2 Milliarden Kubikmeter Wasser werden jährlich ungenutzt in den Rhein geleitet. Es wird angenommen, daß damit eines der ergiebigsten Grundwasservorkommen der Bundesrepublik praktisch aufgelöst wird.

Nach Beendigung des Tagebaus bleiben riesige Restlöcher zurück. Fehlende Masse zur Verfüllung der Löcher wurde in der Vergangenheit durch Wasser ersetzt; die so entstandene Seenlandschaft kurzerhand zu Naherholungsgebieten erklärt. Während die schon älteren Seen mittlerweile vor allem wegen des sulfathaltigen Untergrunds aus dem ökologischen Gleichgewicht geraten, ist es bei den derzeitig in Betrieb befindlichen Tagebauen aufgrund ihres enormen Ausmaßes kaum mehr möglich, die Restlöcher ohne weiteres zu fluten. Dennoch kursieren waghalsige Pläne, ein mit 2,5 Millionen Kubikmeter angenommenes Restloch später mit Wasser per Pipeline aus dem Rhein zu stopfen.

Ein Teil des Tagebaus wird nach Abschluß der Arbeiten wieder mit Erde verfüllt, wobei die vorgefundenen Erdgeschichten natürlich in gänzlich anderer Zusammensetzung in den Boden zurückgelangen. Wie die Firma Rheinbraun darüber denkt, wird durch die zynische Aussage von Dr. Hans-Joachim Leuschner, einem Vorstandsmitglied, dokumentiert: „Im Endeffekt wird ja nur das in den Boden zurückgeführt, was daraus entnommen worden ist, natürlich in einer anderen Zusammensetzung und Konzentration.“

Auch in Friedenszeiten gibt es in diesem Lande Umsiedlungen. Möglich gemacht durch das Recht auf Enteignung nach dem Bundesberggesetz wurden bis zum heutigen Tage im Namen der Braunkohle bereits 25.000 Menschen ihrer Heimat beraubt. Weitere 10.000 werden bis zum Jahre 2000 noch folgen. Neben oft enormen finanziellen Nachteilen – Altbesitz wird nur nach Zeitwert abgegolten – gehen die in Generationen entstandenen sozialen Bindungen und Strukturen verloren.

Diese Schäden werden für eine vergleichsweise „banale“ Form der Energieausbeute in Kauf genommen: die Verstromung. Mit einem Wirkungsgrad zwischen 35 und 40% wird die Braunkohle in den RWE-Kraftwerken zur Stromerzeugung verfeuert. Der Rest der Energie verdampft über die Kühltürme ungenutzt in die Atmosphäre. Die sechs Kraftwerke im Rheinischen Braunkohlenrevier haben eine Kapazität von etwa 11.000 MW und erzeugen 25% der bundesdeutschen Elektrizität. Mit einem Anteil von 60% in der Grundlaststromerzeugung tragen diese Kraftwerke einen erheblichen Teil zur Sicherung der Stromversorgung im Sinne konventioneller Energiepolitik bei.

Auswege

„Das RWE zerstört bei der Förderung des Energieträgers Braunkohle eine ganze Region in sozialer, ökologischer und langfristig auch wirtschaftlicher Hinsicht. Besonders bedenk-

lich ist der Anschein, daß die langfristigen Konsequenzen des Braunkohlenabbaus weder bekannt sind, noch umfassend in Form gesamtökologischer wie ökonomischer Gutachten untersucht werden.“ Diese unmißverständliche Aussage stammt von der internationalen, unabhängigen Jury der vom 22.–24.2. 1985 in Essen veranstalteten RWE-Anklage. Weiter wurde die Empfehlung ausgesprochen, in Sachen Braunkohleabbau ein Moratorium einzurichten, bis die strittigen Punkte geklärt sind. Die nordrhein-westfälische Landesregierung will für „künftige Tagebaue ein ökologisches Anforderungsprofil“ erarbeiten lassen. Inwieweit dieses „Anforderungsprofil“ jedoch den wirtschaftlichen Aspekten gegenübergestellt wird, bleibt ebenso offen wie die Frage, ob garantiert ist, daß Einwände von Betroffenen oder Kritikern der Tagebauvorhaben berücksichtigt werden.



Eine Landschaft wird umgeschichtet. Absetzer am Hambacher Tagebau.

Die schädlichen Folgen der Tagebaue für Mensch und Landschaft werden letztlich erst dann deutlich verringert, wenn die jährliche Fördermenge drastisch reduziert wird. Daher sprechen Initiativen im Revier wie auch die Bundesgrünen inzwischen vom mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Daß damit nicht der Atomkraft zum weiteren Durchbruch verholfen werden soll, ist ebenso klar wie die Anregung, ökonomische und ökologische Alternativkonzepte für die Braunkohleregion zu erarbeiten, auf deren Grundlage sparsamer mit Energie umgegangen werden kann.

In der Diskussion um den mittelfristigen Ausstieg geht es um die Planung der Förderraten und damit um die Frage neuerer Tagebaue. Das Energieprogramm der Bundesregierung sieht ei-

ne Förderung von 120 Mio. Tonnen im Jahr vor. Auch die NRW-Landesregierung will „die langfristigen Planungen für den zukünftigen Abbau hierauf ausrichten“. Von den bestehenden Tagebauen wird im Jahre 2050 nur noch Hambach I mit etwa 50 Mio. Tonnen pro Jahr zur Verfügung stehen (siehe Graphik). Die Vorgabe des Energieprogramms macht den Aufschluß neuer Kohlefelder unumgänglich; geplant sind die Tagebaue Frimmersdorf West-West und Inden II (siehe Karte).

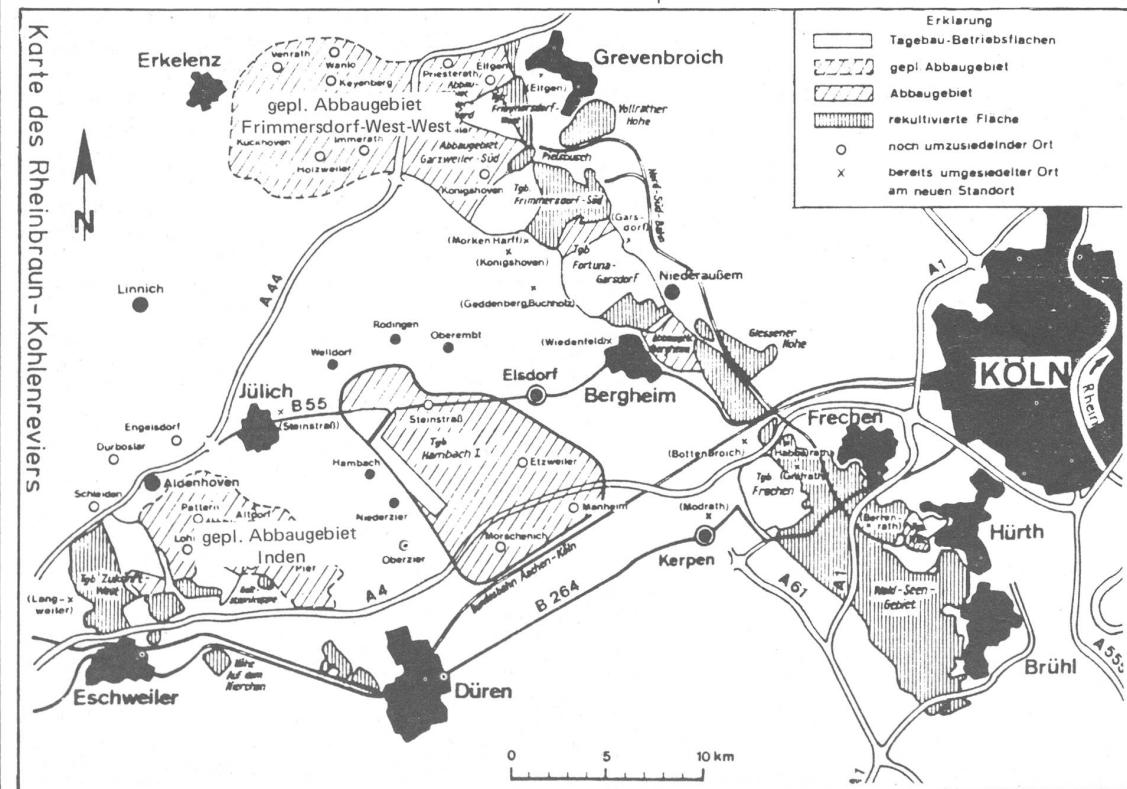
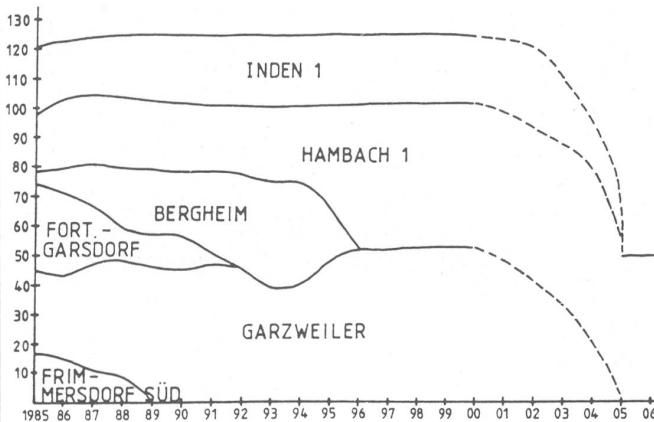
Schon jetzt zeichnen sich zu erwartende ökologische Folgen dieser Vorhaben ab, die die fatalen Auswirkungen der anderen Tagebaue noch in den Schatten stellen werden. Die für Frimmersdorf nötige Grundwasserabsenkung wird unabsehbare

Konsequenzen haben, bis weit in die Niederlande. Für Inden II ist ein Flächenbedarf von 1.700 ha und eine Grundwasserabsenkungsfläche von ca. 20.000 ha zu erwarten. Allein sechs Naturschutzgebiete, darunter die als besonders schützenswert angesehene Ruhraue, würden den Baggen zum Opfer fallen. Ab 1990 würden bereits 4.800 Menschen, 206 Gewerbebetriebe und 63 landwirtschaftliche Betriebe zur Umsiedlung „gebeten“.

Um einen Ausstieg realisieren zu können, müssen die Kommunen rationelle Energiekonzepte entwickeln und durchführen, die umwelt- und sozialverträglich sind. Dazu muß man die Strukturen, die Besitzverhältnisse und die Einflußmöglichkeiten in der Energieversorgung durchschauen. Den zentralen Punkt, nämlich das Verhältnis der Kommunen zum RWE, behandeln wir am Schluß des Artikels. Neue Konzepte der Energieversorgung müssen die Möglichkeiten der Energieeinsparung berücksichtigen, ebenso die optimale Ausnutzung der Energieträger. Übergangsweise wäre z.B. auch an eine Nutzung von Braunkohlestaub in kleinen Kraft-Wärme-gekoppelten Blockheizkraftwerken zu denken, die in die örtlichen Verbrauchsstrukturen eingepaßt werden können.

Wichtig für ein Ausstiegskonzept ist auch die gegebene und geplante Kraftwerksstruktur. Bis 1993 müssen – gemäß Großfeuerungsanlagenverordnung – Kraftwerksleistungen in Höhe von etwa 2.100 MW stillgelegt werden. Das RWE, für das sich die alten Strukturen wegen der billigen Braunkohle günstig rechnen, hat Kraftwerksbauten in Höhe von ca. 2.400 MW in Aussicht gestellt. Gerade in diesen Tagen jedoch hat das RWE erklärt, daß diese Kraftwerke vorerst nicht gebaut werden. Das sollte als Chance zur Einleitung neuer Strukturen der Energieversorgung genommen werden. Mit seiner Erklärung hat das RWE eingestanden, daß es Überkapazitäten hat. Die Kommunen haben nun fast ein Jahrzehnt Zeit, für ihre Bereiche eine neue, ökologisch und langfristig wirtschaftliche Energiepolitik in die Tat umzusetzen. Das RWE allerdings hat mit der Braunkohle anderes vor.

geplante Förderraten der Tagebaue



Kohle-, „Veredelung“

Die Firma Rheinbraun geht davon aus, daß die Atomenergie ausgebaut wird und die Nachfrage nach elektrischer Energie nicht wesentlich wächst. Darum arbeitet sie auf die beschönigend als „Veredelung“ bezeichnete Umwandlung der Braunkohle in Synthesegas hin. Damit wäre dann eine weiterhin hohe Braunkohlenförderung gerechtfertigt. Allein wegen dieser Ambitionen hält Rheinbraun auch an seiner seit fünf Jahren unter zum Teil horrenden Verlusten arbeitenden Chemiefabrik UK Wesseling fest. Vorstandsmitglied Dr. Leuschner sieht die Zukunft der Braunkohle „für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte in der Verstromung und dann stärker werdend in der Veredelung“ und ist entsprechend stolz auf die „intensive Forschung zur Veredelung“ bei der Rheinbraun (Bonner Energie Report 6/85). Die Planungen zeigen, daß es nicht nur ein Hirngespinst von „Heilpredigern, Systemveränderern und selbsternannten Fachleuten“ (so der Verband der kommunalen Aktionäre des RWE am 21.2.85) ist, daß die Stromkapazität auch ohne Braunkohle sichergestellt werden kann.

Daß die flüssige und gasförmige „Veredelung“ hohe Umweltgefährdungen birgt und eine miserable Energieausbeute hat, ist weitgehend bekannt. Interessant ist darüberhinaus, daß der Essener Konzern die Veredelungstechnologie nutzen könnte, um den alten Traum von „Kohle & Atom“ im Rheinischen Braunkohlerevier zu realisieren. Dann nämlich, wenn die auch von der Landesregierung NRW favorisierte Hochtemperatur-

reaktortechnik (Beispiel: der THTR in Hamm-Uentrop) in großtechnischem Maße zum Einsatz kommt. Diese Atomkraftwerke „neuen Stils“ könnten neben Strom entsprechend hohe Prozeßwärme liefern, die zur Braunkohlevergasung und -verflüssigung notwendig wäre. Statt des Abbaus der „nationalen Energiezentrale auf Braunkohle“ zugunsten umwelt-, sozial- und wirtschaftlich verträglicher Energietechnologien würde damit eine Energiepolitik auf Jahrzehnte festgelegt, die alternativen Entwicklungen auf Dauer keine Chance ließe.



Tagebau Hambach

Mit Energie zur Bombe

Die Atomwirtschaft in der Bundesrepublik ist ohne den maßgeblichen Anteil des RWE kaum denkbar. Der Essener Konzern mischt an allen Stationen des sog. Brennstoffkreislaufs führend mit. Uns interessieren an dieser Stelle die „zivilitärischen“ Bereiche, bei denen sich zivile und militärische Nutzung verwischen.

Beginnen wir mit der Urananreicherung, nämlich der Uran-Isotopen-Trennungs GmbH (URANIT). Für das RWE hält dessen 45%ige Tochter, die Hanauer NUKEM, treuhänderisch 37,5% an der URANIT. Die URANIT wiederum betreibt mit niederländischen und britischen Partnern über die trilaterale Gesellschaft URENCO Anreicherungsanlagen in Almelo (NL) und Capenhurst (GB). In der Bundesrepublik ist im Auftrag der URANIT im westfälischen Gronau eine Anreicherungsanlage im Bau, in der mit dem Gasdiffusionsverfahren das Uran praktisch beliebig hoch angereichert werden kann; wenn gewünscht bis auf den für bombenfähiges Material nötigen Anreicherungsgrad von über 90%.

Täglich neue Schlagzeilen bringt die Auseinandersetzung um die Erweiterung oder Schließung der Hanauer Nuklearbetriebe NUKEM und ALKEM. Der Name RWE taucht dabei fast nicht auf, obwohl die Brennelementefertigung über die 45%ige RWE-Tochter NUKEM sowie über deren 40%ige Tochter ALKEM eine der Hauptaktivitäten des Essener Konzerns im Atombereich ist. Zum Hanauer RWE-Atompark zählen außerdem: die Reaktor-Brennelement-Union (RBU), eine 40%ige NUKEM-Tochter und eine der Größen im Brennelementegeschäft für AKWs im In- und Ausland; die Hochtemperaturreaktor-Brennelemente GmbH (100% NUKEM), die den THTR in Hamm-Uentrop und den Hochtemperatur-Forschungsreaktor in Jülich versorgt; und schließlich die Transnuklear (66,6% NUKEM), die fabrikneue Brennelemente, Plutonium aus Wiederaufarbeitungsanlagen, hochangereichertes Uran und Atommüll durch alle Welt transportiert.

Die Gefahr der Proliferation, d.h. der Weiterverbreitung waf-

fenfähigen Materials aus den RWE-kontrollierten Hanauer Anlagen, ist unstrittig. Dr. Hackstein, Geschäftsführer der NUKEM, beim Hearing im hessischen Landtag am 15.6.84: „*Es gibt sicherlich keinen Zweifel, und es ist bekannt, daß hochangereichertes Uran, wie wir es verarbeiten, im Prinzip waffenfähig ist.*“ Rechnet man die Lagerkapazität bei den geplanten RWE/NUKEM/ALKEM-Erweiterungen zusammen, ergäben sich ca. 13 t waffenfähiges Material in Hanau!

Ähnlich umstritten ist der zivilitärische Charakter des Schnellen Brüters. Das in den bestehenden Atomkraftwerken der BRD erzeugte Plutonium ist wegen seiner Verunreinigung nur bedingt waffenfähig. Allein der Schnelle Brüter ist in der Lage, verunreinigtes Plutonium aufzunehmen und – unabhängig von der Brutrate – Waffenplutonium von höchster Güte auszuspucken. In Kalkar sollen jährlich 50 kg an hochwertigem Waffenplutonium erzeugt werden – genug für 10 Atombomben.

An der 1972 gegründeten Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft, der Betreiberfirma, hält das RWE 69%. Über die SBK steckt RWE laut Geschäftsbericht 1983/84 darüberhinaus mit ca. 13% in der Centrale Nucléaire Européenne à Neutrons Rapides SA (NERSA) und ist damit am französischen 1200 MW-Brüter Super-Phénix beteiligt. Ganz abgesehen von der schludrigen Leichtfertigkeit, mit der RWE/SBK Sicherheitsfragen angeht – die zwei Brände vom Anfang des Jahres sprechen da eine deutliche Sprache –, unterstützt RWE in Frankreich die Verwirklichung des Atomwaffenprogramms. Offener als in der Bundesrepublik wird im Nachbarland der zivilitärische Charakter des Brüters betont. Am 15.11.83 bekannte der Abgeordnete Benedetti von der sozialistischen Partei vor der französischen Nationalversammlung: „*Der Weg über die Schnellen Brüter ist der einzige, der es zur Zeit ermöglicht, Plutonium mit einem mehr als 95%igen Gehalt des Isotops 239 in ausreichender Menge zu produzieren, um die Entwicklung unserer taktischen Atomwaffen zu versorgen.*“

Sicher ist die politische Situation im Atomwaffenstaat Frankreich (noch) nicht mit der im (bislang) Nicht-Atomwaffenstaat Bundesrepublik vergleichbar. Aber 1994 läuft der Atomwaffensperrvertrag aus, und die Stimmen mehren sich, die „einen eigenen Finger am atomaren Abzug“ fordern. Jürgen Todenhöfer z.B., rüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU, in der WELT vom 17.4.84: Es sei „an der Zeit, durch die Schaffung einer integrierten europäischen Atomstreitmacht das westliche Bündnis auf zwei tragfähige Säulen – eine europäische und eine amerikanische – zu stellen.“

Kontrollen durch EURATOM, von den Befürwortern der deutsch-französischen Brüterzusammenarbeit immer wieder als Garanten für den zivilen Charakter des erbrütenen Plutoniums angeführt, sind letztlich wirkungslos. Am 28.4.83 berichtet NUCLEONICS WEEK, daß die französische Regierung EURATOM-Kontrollen des Phénix abgelehnt habe. Daß solche Kontrollen dennoch stattfinden, behauptet dagegen der EG-Kommissar Davignon. Deren wesentlicher Zweck sei, zu garantieren, daß „Erze, Rohmaterialien und spezielle Spaltmaterialien – Plutonium eingeschlossen – nicht abgezweigt werden von der Nutzung, die die Nutzer als ihre Bestimmung deklariert haben.“ Im Klartext: Frankreich darf seinen Anteil Plutonium aus dem Brumantel des Super-Phénix nicht zu militärischen Zwecken verwenden, ohne vorher der EURATOM Bescheid zu geben. Verhindern aber kann der Euratom-Vertrag die militärische Nutzung keineswegs.

Auf hiesige Verhältnisse gewendet, bedeutet das nichts anderes, als daß RWE-Kunden über die Zahlung ihrer Stromgebühren zu unfreiwilligen Unterstützern der französischen atomaren Aufrüstung werden und der Vorbereitung einer für die Atomwaffenproduktion notwendigen Infrastruktur in der Bundesrepublik Vorschub leisten.

Bleibt als letztes Glied im „Brennstoffkreislauf“ Endlagerung und Wiederaufarbeitung. An der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) halten die Essener ebenfalls den größten Anteil mit 31%. Nach dem Brüter gibt es kaum einen atomtechnischen Bereich, in dem sich

die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Nutzung so stark verwischen, wie bei der Wiederaufarbeitung. Der US-Energieminister Edwards hat es am 3.9.81 vor dem Energieforschungs-Beratergremium seines Hauses freimütig geäußert: „Es gibt einige Vorteile der Wiederaufarbeitung. Einer davon ist zum Beispiel, daß wir anfangen, etwas mehr Plutonium für unser Waffenprogramm zu benötigen, und der beste Weg, den ich sehe, dieses Plutonium zu bekommen, ist es, Ihr Atommüllproblem zu lösen. Wiederaufbearbeitet den Müll, zieht das Plutonium heraus und reichert es noch an.“

Die Bedenken gegen die Verstrickung des RWE in zivilitärische Atomtechnologien teilte auch die Jury der Essener „RWE-ANKLAGE“. In ihrem Abschlußresümee heißt es dazu: „Der Betrieb eines Schnellen Brüters, einer Wiederaufarbeitungsanlage und weiterer Stationen des atomaren Brennstoffkreislaufs, stellen einige der technisch wichtigsten Einzelschritte zum überzeugenden Status eines „Schwellenlandes“ dar; d.h. zu dem Zustand, der bei einem Nicht-Atomwaffenstaat das Vorhandensein aller technischen Voraussetzungen für eine national unabhängige Atomwaffenherstellung bezeichnet. In diesem Zusammenhang erhalten die genannten Anlagen in der Bundesrepublik einen neuen Aspekt, und angesichts aller Ungereimtheiten (z.B. Unwirtschaftlichkeit) ist zu fragen: wie lange kann man sich noch gegen den Verdacht wehren, daß die genannten Anlagen vorrangig einer entscheidenden Verbesserung der grundsätzlichen technischen Voraussetzungen für eine zukünftige nationale Atomwaffenherstellung der Bundesrepublik zu dienen habe?“

Unter dem Stichwort **Atombomben – Made in Germany?** findet vom 6.–8. September eine bundesweite Veranstaltung anlässlich der 3. Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag statt. Kontaktstelle für diese Veranstaltung, auf der die Rolle der Bundesrepublik bei der Weiterverbreitung von Atomwaffen untersucht werden soll: H. Lorscheid, Klemens-Hofbauer-Str. 17, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/67 54 42.

Gemischtwirtschaftlich korrupt

Erst in jüngster Zeit wurden die Entscheidungsstrukturen beim RWE wieder öffentlich sichtbar. Die Verselbständigung des Konzerns gegenüber seinen Eigentümern, vorwiegend Kommunen, werde immer unerträglicher, ließ der SPD-Energieexperte im Braunkohlerevier, Landrat Lennartz, verlauten, nachdem den Kommunen von hinten herum nahegebracht worden war, daß der Neubau von vier Braunkohleblöcken aufgrund technischer Probleme zurückgestellt werde. Die periodisch auftretenden Unmutsbekundungen einzelner Kommunalpolitiker sind indes nicht allzu ernst zu nehmen. Die Firmengeschichte des RWE liest sich als Chronologie des Kaufs von Politikern über Karriereangebote. Die Durchsetzungsstrategie heißt seit ihrer Begründung vor über acht Jahrzehnten „Gemischtwirtschaftlichkeit“, sprich: das Neben- und Miteinander privater und kommunaler Aktionäre.

Über ihre Stimmrechtsmehrheit in der Aktionärsversammlung (61,3%) könnten die kommunalen Gebietskörperschaften – Städte, Kreise, Verbände etc. – Einfluß auf die Entscheidungen des RWE nehmen. Sie tun's indes nicht. Der „Verband der Kommunalen Aktionäre des RWE GmbH“ (VKA), das Gremium, in dem die Kommunen ihre Interessen abstimmen und durchsetzen sollten, funktioniert als Gleichschaltungsinstant – ganz im Sinne von Vorstand und privaten RWE-Eignern. Daß die Existenz des VKA überhaupt einer breiteren Öffent-

lichkeit bekannt wurde, ist der Initiative der Stadt Solingen zu verdanken. In bis dahin unbekannter Schärfe hatten 1983 die Solinger Stadtverordneten die Braunkohlekraftwerke als Ursache für das Sterben ihrer kommunalen Wälder geißelt. Sie wollten den VKA auffordern, „den schnellstmöglichen Einbau von umweltfreundlichen Einrichtungen (...) durch Beschuß festzulegen“. Auf der Verbandsversammlung vom 28.11.83 wurden die Anträge nicht nur abgebügelt; sondern die Solinger mußten sich auch noch den Vorwurf gefallen lassen, geschäfts-schädigend gehandelt zu haben. Dafür, daß der Fall Solingen ein einmaliger „Unfall“ in der Verbandsgeschichte bliebe, wurde per Satzung vorgesorgt. Da die Solinger zu den Versammlungen meist mit drei Vertretern (SPD/CDU/FDP) erschienen waren und da zudem damit zu rechnen war, daß sich nach den Kommunalwahlen auf die Weise auch grüne Parlamentarier im Verband tummeln könnten, wurde festgelegt, daß künftig nur noch ein Vertreter je Kommune im VKA anwesend sein dürfe. Außerdem bestimmt die Verbandssatzung, daß die einzelnen kommunalen Vertreter auf der Hauptversammlung des RWE bei „allen Fragen, in denen eine einheitliche Willensbildung notwendig ist“, an die Verbandsbeschlüsse gebunden sind, ebenso bei Beschlüssen, die „mit einer Mehrheit der abgegebenen und einer Mehrheit von zwei Dritteln des vertretenen Stammkapitals gefaßt sind“.



Eröffnung Tagebau Hambach; Proteste



Eröffnung Tagebau Hambach, Mitte: Ex-Wirtschaftsminister Riemer (FDP)

Was sich der Vorstand des RWE von seinen kommunalen Aktionären wünscht, hat Vorstandsmitglied Werner Rinke auf der Verbandsversammlung im November 1983 hinreichend klar gemacht: „Helfen können Sie uns, wenn Ihre zuständigen Ämter und Behörden sich bereit erklären, in Zweifelsfällen auf zusätzliche Verfahren der Öffentlichkeitsbewilligung zu verzichten, damit weitere Verzögerungen vermieden werden. Helfen können Sie uns ferner, wenn Sie davon absehen, Fachleute unserer Hauptverwaltung zu öffentlichen Sitzungen Ihrer Räte oder Ihrer Ausschüsse oder zu öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zum Thema Umweltschutz einzuladen. Der Auftritt von RWE-Mitarbeitern führt erfahrungsgemäß auch nach positiv verlaufenden öffentlichen Veranstaltungen oft zu negativen Angriffen auf das RWE in Presse, Funk und Fernsehen. Diese Gefahr dürfte in den nächsten beiden Jahren, in denen Kommunal- und Landtagswahlen stattfinden und in denen sich die Baumschäden nach dem trockenen Jahr 1983 verstärkt zeigen werden, besonders groß sein. Helfen können Sie uns schließlich, wenn Sie sich darum bemühen, unnötige Angriffe gegen das RWE durch nicht notwendige Resolutionen zu vermeiden. Selbst wenn Sie berechtigte Forderungen zu RWE-Aktivitäten geltend machen wollen, sollten Sie dies im Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre möglichst intern tun. Dies hat sich in der Vergangenheit bewährt. Wir haben stets einvernehmliche Lösungen gefunden.“

Für „einvernehmliche Lösungen“ sorgt noch ein weiteres Gremium in der RWE-Organisation: der Verwaltungsrat, in dem 76 Männer zweimal pro Jahr über RWE-Entscheidungen beraten. Dafür erhalten sie ca. 13.000 DM im Jahr. Dass sich das RWE diese für Aktiengesellschaften nicht unbedingt typische Einrichtung für rund eine Million DM jährlich leistet, hat gute Gründe. Im Beirat wimmelt es nur so von Spitzenbeamten, die der Durchsetzung von RWE-Interessen den Weg zu bahnen bereit sind. Doppelmitgliedschaften im VKA und Verwaltungsrat sind keine Seltenheit. Selbst NRW-Minister Farthmann nannte das eine „moderne Form legalisierter Korruption“. Immerhin: das Bild von der schönen Eintracht zwischen privaten Kapitaleignern und Kommunen bekommt mehr und mehr Risse. Auf der letzten Verbandsversammlung der Kommunen im Juni wurde die Informationspolitik des RWE von allen Seiten gerügt. Die Solinger Vertreter, nach Kreistagsbeschluss wiederum entgegen der abgeänderten Satzung mit drei Parteivertretern erschienen, wurden von der illustren Versammlung vor die Tür gesetzt. Und auch die Worte von Werner Rinke klangen weniger nach Harmonie als nach Konfrontation. Er ließ deutlich durchblicken, daß die privaten Aktionäre des RWE, vorwiegend die Elite deutscher Banken, ungehalten

über die kommunale Unruhe seien. Zudem solle man sich doch vergegenwärtigen, daß der Kapitalanteil der Kommunen nur ca. 30% am RWE ausmache. Das Interesse der Privaten, börsen- und vertragsfähig zu bleiben, müsse vor allem berücksichtigt werden. Die Ideologie bröckelt ab. Darunter zum Vorschein kommt ein gemischt-wirtschaftlich organisierter privater Konzern, dessen einziges Interesse im Verkauf eines Maximums an Energie liegt. □

Literatur:

Grundlage und bislang einzige ausführliche Firmengeschichte des RWE von links:

RWE – Ein Riese mit Ausstrahlung, hg. v. AG Atomindustrie Berlin u. AK Chemische Industrie, Köln (Verlag Kölner Volksblatt), 190 S., DM 18.– (vgl. WW Nr. 25).

Wichtige Ergänzungen und Aktualisierungen dazu liefert:

RWE – ANGEKLAGT. Dokumentation der RWE-Anklage vom 22.–24. 2.85 in Essen.

Die Dokumentation enthält ca. 30 Fachreferate, Anklageschrift, Juryurteil und Presseausswertungen. Sie ist für DM 10.– plus DM 1.– Porto zu beziehen bei AK Chemie, Palmstr. 17, 5 Köln 1. Der Versand erfolgt nach Eingang des Geldes auf das Sonderkonto Rainer Osnowski, Nr.: 1111 939 42, Stichwort RWE, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98.

Ebenfalls frisch aus der Druckerresse:

Hambachgruppe Aachen (Hg.), Verheizte Heimat – Der Braunkohletagebau und seine Folgen, Aachen 1985 (Alano-Verlag), 220 S., DM 23.–. Es bleibt zu hoffen, daß dieses Buch die Braunkohlepolitik des RWE mit ihren katastrophalen Folgen für Mensch und Umwelt auch einem breiteren Publikum bekannt macht. Heimatkunde, Konzerndarstellung und Energiebuch zugleich.

Neu erschienen außerdem: Jobst Klien, D. Schubert, Klaus Traube u.a., Energiepolitik vor Ort, Köln 1985 (Verlag Kölner Volksblatt), 125 S., DM 14,80.

Diese Materialsammlung liefert Tips für die Umsetzung einer umweltverträglichen und ressourcenschonenden Energiepolitik in den Kommunen und füllt den schillernden Begriff der Dezentralisierung mit konkreten Inhalten. Vor allem grünen Ratspolitikern sei's ans Herz gelegt.

Wer über die Grenzen schauen will, um von dort die absolute Rückständigkeit bundesdeutscher Umweltpolitik zu sichteten, sei hingewiesen auf: Shigeto Tsuru, Helmut Weidner (Hg.), Ein Modell für uns: Die Erfolge der japanischen Umweltpolitik, Köln 1985 (Kiepenheuer & Witsch), 223 S., DM 12,80.

Vor allem die Entwicklungen in der japanischen Umweltgesetzgebung seit den sechziger Jahren werden mit ihren historischen Hintergründen nachgezeichnet.

Zum Thema „Atomenergie und Aufrüstung“ noch ein Buch das auch der Vorbereitung auf die Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags im September dienen kann:

Hariolf Grupp, Anette Schmalenströr, Atome für den Krieg, Köln 1983 (Verlag Kölner Volksblatt), 150 S., DM 12,80.

(Die Fotos stellte freundlicherweise der Schwarz-Weiß-Verlag zur Verfügung.)